

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Schweizer Ingenieur und Architekt**

Band (Jahr): **104 (1986)**

Heft 49

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

nen auszuwirken. Im Alltag hat in den letzten Jahren lediglich jeder dritte Schweizer sein Umweltverhalten geändert. An der Spitze der «Taten» stehen Recycling von Altglas, Zeitungen und andere Abfälle. Wenn es zudem nach den Antworten der Befragten ginge, müsste jeder achte Automobilist mit einem Katalysatorauto herumfahren. Da dies bei weitem nicht der Fall ist, zeigt sich einmal mehr die in der Umweltdiskussion immer wieder festgestellte Diskrepanz zwischen Denken und Handeln.

Noch weniger als im Alltag fand in den letzten Jahren in der Freizeit eine Verhaltensänderung statt. Gerade 17 Prozent haben etwas unternommen. Die Antworten auf die konkrete Frage, was denn in der Freizeit heute anders gemacht werde, fielen so mager aus, dass sie sich nicht auswerten liessen.

Touristische Zwischenbilanz 1986: Mittelmässig

(SFV) Rund 28,1 Millionen mal haben in- und ausländische Gäste in den ersten neuen Monaten 1986 in der Schweizer Hotellerie übernachtet. Im Zehnjahresvergleich entspricht dieses Resultat dem 6. Rang. Was zu erwarten war, ist eingetroffen: Mit einem Rückgang von fast 40 Prozent haben die Gäste aus den USA das Übernachtungsresultat der Schweizer Hotellerie (die Parahotelleriezahlen stehen noch aus) negativ beeinflusst. Erfreulicherweise erfüllt hat sich aber auch die Erwartung

der Tourismusbranche, die fehlenden Amerikaner teilweise durch andere Gästekategorien ersetzen zu können.

Zunahme der erwerbstätigen Ausländer

(wf) Ende August 1986 umfasste die ausländische Wohnbevölkerung (Jahresaufenthalter und Niedergelassene) in der Schweiz gut 946 000 Personen; das waren rund 15 000 mehr im Vergleich zum Vorjahr. Absolut hielten sich am meisten Ausländer in der deutschen Schweiz auf. Gemessen an der jeweiligen Bevölkerung stand allerdings die italienische Schweiz mit einem Ausländeranteil von gut 23 Prozent an der Spitze. Gesamtschweizerisch stieg die Zahl der im Erwerbsleben stehenden Jahresaufenthalter und Niedergelassenen innert Jahresfrist um rund 17 000 Personen auf insgesamt knapp 560 000 an, gleichzeitig ging die Zahl der Nichterwerbstätigen um gut 1800 auf rund 388 000 zurück. Die Zunahme der Ausländererwerbsquote dürfte auf den weiterhin anhaltenden Konjunkturaufschwung zurückzuführen sein.

Preis für umweltschonende Schaltkreis-Technik

(fwt) Umweltschonend und kostengünstig arbeitet ein neues Verfahren für die Serienproduktion von elektrischen Schaltkreisen, das jetzt vom Bundesforschungsministerium mit dem mit 100 000 DM dotierten Technologie-

Transfer-Preis ausgezeichnet worden ist. Entwickelt haben das als «ELO-CHEM» patentierte Verfahren die Ingenieure Wolfgang Faul und Leander Fürst und der Chemiker Prof. Bertel Kastening. Alle drei sind Mitarbeiter der Kernforschungsanlage Jülich (BRD).

Das Prinzip von ELO-CHEM: Ätzende Säuren präparieren aus einer metallbeschichteten Kunststoffplatte elektrisch leitende Kupferbahnen heraus. Die abgelösten, positiv geladenen Kupferionen werden von einem negativ geladenen Metallstab «elektrolytisch» abgefangen und können wiederverwertet werden. Bislang entstanden bei der Herstellung von Schaltkreisen giftige, schmermetallhaltige Lösungsrückstände.

Weiterbildung für Wirtschaftswissenschaftler

(ki) Für den Aufbau und die Durchführung von Weiterbildungskursen für Praktiker an der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich wurde ein Rahmenkredit von 510 000 Fr. bewilligt. Der Kursbetrieb soll im Herbst 1987 aufgenommen werden. Als Referenten kommen Mitglieder der Fakultät in Frage. Die Kurse richten sich an mittlere und obere Führungskräfte in Wirtschaft und Verwaltung, Leiter von Stabsstellen und Geschäftsbereichen usw.. Nach einer gewissen Anlaufzeit ist damit zu rechnen, dass die Einnahmen aus Kursgeldern die Kosten decken.

25 Jahre im Dienste der Personalvorsorge

Die Pensionskasse SIA/STV/BSA/FSAI von 1961 bis 1986

Von Bernhard Auderset, Bern

Viel früher als auf dem Gesetzeswege eingeführt, gründeten weitsichtige, Pioniergeist zeigende Verbandsverantwortliche eine Personalvorsorge-Institution zugunsten der Mitglieder von SIA, STV, BSA und FSAI. Was als reine Sparkasse mit Risikoversicherung begann, wurde 13 Jahre später eine eigenständige Pensionskasse, die künftig mittels optimalen Renten und grosszügigen Zusatzleistungen sowohl den Betagten als auch den Hinterbliebenen und Invaliden die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung ermöglichte. Stabile Verhältnisse und vernünftiges Wachstum in personeller, finanzieller und materieller Hinsicht sind dabei Hauptmerkmale ihres Auf- und Ausbaus.

Seit dem 1. Januar 1985 ist das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) in Kraft, und das Obligatorium der 2. Säule – in Ergänzung zur AHV/IV (1. Säule) – ist damit Tatsache. Doch bereits 1961 haben sich die Branchenorganisationen der technischen Berufe im Sinne einer Selbsthilfe dieser Aufgabe angenommen: Als besondere Dienstleistung an die Mitglieder des Schweizerischen Ingenieur- und Architekten-Vereins (SIA), des Schweizerischen Technischen Verbandes (STV) und des Bundes Schweizer Architekten (BSA) wurde mit Urkunde vom 30.

März 1961 die «Schweizerische Fürsorgestiftung für die technischen Berufe» errichtet; sieben Jahre später schloss sich auch der Verband freierwerbender Schweizer Architekten (FSAI) an.

Nach dem Grundsatz «Mehr Leistung bei gleichen Kosten!» sollte den Angehörigen der vier Stifterverbände eine umfassende und leistungsfähige Personalvorsorge angeboten werden. Die gemeinschaftlich getragene Institution bezweckte denn auch «... die Fürsorge für die Mitglieder und ihre Angestellten (...) durch Gewährung von Unterstützungen und Beiträgen an die Begünstigten, ihre überlebenden Ehegatten, Nachkommen und Eltern sowie an die zu Lebzeiten des Begünstigten von ihm unterhaltenen Personen, im Alter, bei Krankheit, Unfall, Invalidität (...) und im Falle des Todes eines Begünstigten» (Handelsregister-Eintragung vom 17.5.61). Anfangs erfüllte sie diesen Zweck als halbautonome Fürsorgekasse, die nur die Sparbeiträge selber verwaltete und die Risiken Tod und Invalidität bei einem Pool von Versicherungsgesellschaften rückdeckte.

Stabile Organisation

Der Stiftungsrat bestand aus 10 (ab 1968 aus 12) Mitgliedern, paritätisch zusammengesetzt, wobei sowohl die Arbeitgeber- wie auch die Arbeitnehmervertreter jeweils vom Zentralvorstand der Stifterverbände bezeichnet wurden

– und heute immer noch werden. Bezüglich der Bestellung des Stiftungsrates lagen (bzw. liegen) also insofern besondere Verhältnisse vor, als die Personalvertretung nicht, wie im Zivilgesetzbuch unter Artikel 89bis verlangt, von den Dienstpflichtigen, d.h. den Arbeitnehmern, selbst gewählt wurden, da diese nicht organisiert sind. Diese Abweichung von der betreffenden ZGB-Bestimmung bedurfte denn auch des ausdrücklichen Einverständnisses des Eidg. Departementes des Innern.

Präsiert wurde der Stiftungsrat in den ersten Jahren vom Walliser *Ferdinand Rothen*. Seit 1965 hat dieses Amt Prof. *Jean-Claude Piquet* aus Lausanne inne. In 25 Jahren kennt die Verbandspensionskasse also erst zwei Stiftungsratspräsidenten, die jeweils, in einer Art ungeschriebenem Gesetz, vom SIA gestellt werden. Demgegenüber wechseln sich die drei anderen Berufsverbände im Präsidium der vom Stiftungsrat gewählten Verwaltung ab. Erster Verwaltungspräsident war der im Februar dieses Jahres verstorbene *Adolf Gass* aus Basel, der als Gründungsmitglied und STV-Vertreter diesem Gremium über 10 Jahre vorstand. Abgelöst wurde er vom Berner *Henri M. Daxelhofer* vom BSA, dessen Nachfolge 1974 ein FSAI-Vertreter, *Theo Baumeler* aus Wolhusen, antrat. Seit Beginn dieses Jahres stellt mit dem Basler *Martin L. Blunschi* wiederum der STV den Vorsitzenden der Verwaltung (Bild 1).

Damit ist auch bei diesem Kassenorgan erst der vierte Präsident im Amt, was

Stiftungsratspräsident Piquet anlässlich der Jubiläumssitzung zur Feststellung bewog, dass es sich bei der Pensionskasse der technischen Berufe um eine stabile Einrichtung handle, zumal Stiftungsrat und Verwaltung in all den Jahren auch unter den Mitgliedern nur wenige personelle Wechsel erfahren hätten. Die Geschäftsstelle schliesslich wird seit der Gründung der Kasse von der Allgemeinen Treuhand AG/ATAG in Bern geführt (Bild 2).

Stete Entwicklung

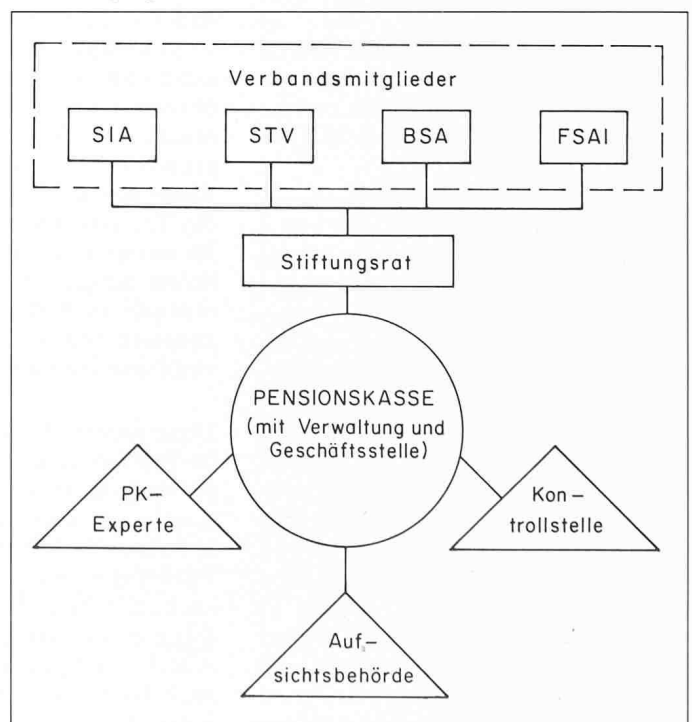
Stabilität, verbunden mit gesundem Wachstum, zeichnete die Vorsorgekasse der technischen Berufsverbände auch in ihrer geschäftlichen Entwicklung aus, in der es verschiedentlich auch schwierige wirtschaftliche Zeiten zu überwinden und zu überstehen galt. Im ersten Geschäftsjahr wies sie einen Bestand von 48 Firmen und 147 Versicherten sowie eine versicherte Lohnsumme von 2,3 Mio. Fr. aus. Bereits ein Jahr später verzeichnete sie einen beachtlichen Zuwachs auf 68 Firmen und 242 Versicherte, bei einem Total der versicherten Löhne von etwas über 4 Mio. Fr.

Auf das Geschäftsjahr 1964/65 hin konnte sie dank günstiger Möglichkeiten der Anlage des Sparkapitals in Wertschriften die Verzinsung der individuellen Sparguthaben von 3 auf 3½%

Bild 1. Dies sind die drei zurzeit Hauptverantwortlichen der Pensionskasse SIA/ STV/ BSA/ FSAI: Stiftungsratspräsident Prof. Jean-Claude Piquet vom SIA (Mitte), Verwaltungsratspräsident Martin L. Blunschi vom STV (rechts) und Geschäftsführer Peter Senn von der ATAG Bern (Foto Weidmann AG, Sursee)



Bild 2. Organigramm der Pensionskasse



erhöhen, was im Vergleich zu anderen Personalversicherungen als vorteilhaft galt. Im übrigen wurde diese Periode im Jahresbericht aber als «Jahr der Konsolidierung» bezeichnet, denn zahlreiche Betriebe seien zwar von den Vorteilen der Kasse überzeugt, könnten sich jedoch aus konjunkturpolitischen Erwägungen vorläufig nicht zum Beitritt entschliessen; erst wenn die Verhältnisse auf dem Bausektor besser überblickbar seien, könne mit dem Anschluss einer ansehnlichen Anzahl weiterer Büros gerechnet werden.

Diese Vermutung traf dann auch wirklich ein: Zwischen 1965 und 1971 – also bis 10 Jahre nach der Gründung wurde die Zahl der angeschlossenen Firmen mehr als verdoppelt (1971: 103 Büros), der Versichertenbestand fast vervierfacht (555 Versicherte) und die versicherte Lohnsumme nahezu versechsfacht (13,3 Mio. Fr., letzteres nicht zuletzt wegen laufenden Anpassungen der anrechenbaren Besoldung. Im gleichen Zeitraum konnte zudem erneut (in zwei Etappen) eine Erhöhung des Zinssatzes für die Sparguthaben auf bemerkenswerte 4½% vorgenommen werden. Kritisch vermerkt wurde in dieser Zeit aber auch der im Vergleich zu Neueintritten zu hohe Anteil an Austritten von Versicherten, der einerseits darauf zurückgeführt wurde, dass «noch viel zu wenig Büros der vertretenen Verbände der Fürsorgekasse angeschlossen» seien (Jahresbericht 1969/70). Andererseits spiegle sich darin «ein negativer Effekt unserer Hochkonjunktur, nämlich die Überbeschäftigung und die daraus resultierende hohe Fluktuation»; ferner beobachtete man schon damals «eine rege Abwerbetätigkeit gewisser Versicherungsgesellschaften» und bedauerte, dass die Verbands-PK «als reine Personalfürsorge-Einrichtung keine verlockenden Gegengeschäfte versprechen» könne (Jahresbericht 1970/71).

Auch die beiden folgenden Jahre brachten eine weitere Aufwärtsentwicklung. So konnte die Verzinsung der Sparkapitalien wiederum um je ¼% auf mittlerweile 5% angehoben, darüber hinaus ein neuer Versicherungsplan mit wesentlich besseren Leistungen eingeführt und schliesslich die erste Liegenschaft gekauft werden. Und obwohl der Mitgliederbestand nach wie vor zunahm, blieb dieser Zuwachs unter den Erwartungen, was – im Hinblick auf das kommende Gesetzesobligatorium der 2. Säule – sowohl mit der härteren Konkurrenz in der Personalvorsorge als auch mit einer verbreiteten Unsicherheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer begründet wurde. Denn am 3. Dezember 1972 war in einer denkwürdigen

Abstimmung die Verankerung des sog. «3-Säulen-Konzeptes» (AHV/IV, berufliche Vorsorge und Selbstvorsorge) in der Bundesverfassung mit grossem Mehr angenommen worden. Zwei Jahre später wurde ein erster Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung geschickt, und gemäss Jahresbericht 1973/74 rechnete man mit einer Inkraftsetzung «frühestens per 1. Januar 1976» ...

Krisenperiode, aber Rekordzuwachs

Mit noch grösseren Problemen hatte aber der Bausektor zu kämpfen, der sich in der Rezessionszeit um 1975 am Rande einer wahren Krise befand. Entgegen den Befürchtungen wirkte sich dies aber nicht negativ auf die Verbandseinrichtung aus, ganz im Gegenteil: Sie verzeichnete Rekordzuwächse an neuen Betrieben (1975: 152 Firmen) und Versicherten (836), bei einer versicherten Lohnsumme von nunmehr über 30 Mio. Fr. Zum einen konnte diese erfreuliche Situation dem gerade in jener schwierigen Zeit besonders latenten Bedürfnis nach sozialer Sicherheit zugeschrieben werden. Zum andern schien vor allem die auf den 1. Juli 1974 vorgenommene, aber von langer Hand vorbereitete Umwandlung in eine autonome Kasse mit ihren guten Versicherungsleistungen anziehend zu wirken.

Der erfolgreiche «Geschäftsgang» erlaubte es der Pensionskasse SIA/STV/BSA/FSAI – so wurde sie fortan genannt –, die teurere individuelle Rückversicherung durch eine Stop-Loss-Versicherung zur Abdeckung des Katastrophenrisikos abzulösen. Umgekehrt musste die Kontrollstellenaufgabe aufgrund des Umfangs und der Grösse der Kasse von den internen Revisoren an ein Treuhandbüro übertragen werden. Im weiteren wurden neue Anlagerichtlinien aufgestellt, die unter anderem erstmals auch den Erwerb von Aktien zuließen und von 1977 bis 1979 rege Investitionen in Immobilien auslösten.

Diese positive Entwicklung und ein guter Risikoverlauf hatten dann zur Folge, dass die finanziellen Reserven der Kasse ganz ansehnlich gestärkt werden konnten. Und daran durfte sich jedes PK-Mitglied nicht nur freuen, sondern auch teilhaben: Auf der einen Seite erfolgte eine Überschussverteilung an die Alters- und Invalidenrentner sowie auch Hinterbliebenen durch die Erhöhung der laufenden Renten um 4%. Auf

der anderen Seite wurden aber auch die jetzt über 1000 Versicherten – 1980: 1067 Versicherte aus 197 Büros mit einer Lohnsumme von 43,5 Mio. Fr. – mit einer Leistungsverbesserung «beschenkt», indem künftig mit 65 bzw. 62 Jahren anstelle der ersten 10 garantierten Altersrenten die Auszahlung des entsprechenden Kapitals möglich ist.

Einen neuerlichen Rekordzuwachs erfuhr die Verbandspensionskasse in ihrem 20. Geschäftsjahr (30 neue Betriebe und Nettozugang von 152 Versicherten), was auf verstärkte Anstrengungen in der Werbung und Beratung zurückgeführt wurde. Gleichzeitig galt es, «in einer Zeit steigender Inflationsraten» die Rendite des Vermögens (mittlerweile über 40 Mio. Fr.) im Auge zu behalten; mit einer Neuordnung der Vermögensverwaltung versuchte man diesem Bedürfnis gerecht zu werden.

Das BVG-Zeitalter

Zu Beginn der 80er Jahre erwartete man allgemein, dass das ominöse Obligatorium der beruflichen Vorsorge nun endlich eingeführt werde. Dies war wahrscheinlich auch der Grund für eine erneut mächtige Steigerung des Mitgliederbestandes, der nun 259 Firmen (+ 14%) mit 1425 Versicherten (+ 17%) verzeichnete. Die eingegangenen Beiträge und die versicherten Gehälter stiegen sogar um mehr als 20%, was nicht zuletzt das Vermögen auf über 50 Mio. Fr. anwachsen liess. Noch beachtenswerter war ausserdem, dass die durchschnittliche Jahres-Altersrente mit über Fr. 16 000.– auf einem Niveau angelangt war, das den meisten PK-Mitgliedern zusammen mit den AHV-Leistungen eine «Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise» ermöglichen sollte.

Die Verschiebung der definitiven Einführung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) auf den 1. Januar 1985 brachte es mit sich, dass trotz intensiver Werbung – unter anderem mit dem Einsatz von nebenamtlichen Aussendienstmitarbeitern und dem Beizug einer Werbeagentur – eine etwas verlangsamte Entwicklung eintrat. Nicht nur eine stattliche Zahl von anschlussberechtigten Frei- und Selbstständigerwerbenden warteten mit einem Beitritt zu, sondern vor allem auch viele Betriebe. Mit den Mitte 1984, also unmittelbar vor der Gesetzes-einführung, ausgewiesenen 327 Firmen und 1744 Versicherten sowie einer auf

84,7 Mio. Fr. gestiegenen versicherten Lohnsumme durfte sich die Verbandskasse aber durchaus sehen lassen. Kam dazu, dass mit der Gewährung der vollen Freizügigkeit und der erstmaligen individuellen Ausschüttung von Überschussanteilen auch materielle Verbesserungen realisiert werden konnten.

Darüber hinaus machte das Obligatorium insbesondere eine Anpassung der Leistungen und anderer Reglementsbestimmungen sowie der gesamten Organisation an die gesetzlichen Vorschriften nötig, was Stiftungsrat, Verwaltung, Geschäftsstelle, Experte und EDV-Leute noch heute sehr stark beansprucht.

Mit richtungsweisenden, weitsichtigen Beschlüssen galt es, die Pensionskasse SIA/STV/BSA/FSAI für die weitere Zukunft auf einer gesunden Basis zu halten, um allen Versicherten die bestmöglichen Leistungen bei einem günstigen Kosten/Nutzen-Verhältnis gewährleisten zu können – trotz der aufgrund des Gesetzes zu erwartenden Verkomplizierung und Verteuerung der Verwaltung. Nach reiflichen Überlegungen entschied man sich, unter Erweiterung der Beitragspläne zwar, für die Beibehaltung der bisherigen Struktur, also für eine sogenannte «umhüllende Kasse», d.h. nur eine Vorsorgeeinrichtung für das BVH-Obligatorium und den freiwilligen Teil. Dabei muss sie jederzeit belegen können, dass sie mindestens die Leistungen erbringen kann, die das BVG verlangt (sogenann-

te Schattenrechnung). Die Einführung des Obligatoriums und vor allem die massgebende, relativ kurzfristig veröffentlichte Verordnung (BVV2) machten aber noch etliche Detailarbeiten und Anpassungen der EDV-Applikation nötig, was – wie in anderen Vorsorgeeinrichtungen auch – Abwicklungsprobleme zur Folge hatte.

Bedingt durch eine intensive Werbe-, Akquisitions-, Informations- und Beratungstätigkeit brachte der 1.1.1985 aber auch fast eine Verdoppelung des Bestandes: über 1800 Versicherte und mehr als 200 Firmen traten der Kasse neu bei, und das Total der versicherten Löhne erhöhte sich um rund 40 Mio. auf 128,2 Mio. Fr. Dieser Anstieg teilte sich in etwa je zur Hälfte in Eintritte von obligatorisch zu versichernden (jüngeren) Mitarbeitern von bereits angeschlossenen Arbeitgebern und in eigentliche Akquisitionserfolge auf.

Dieses erfreuliche Ergebnis hatte jedoch auch seine Schattenseiten, besonders im administrativen Bereich. Trotz bzw. wegen computermassiger Verarbeitung – anders lässt sich eine grössere Pensionskasse im «BVG-Zeitalter» kaum mehr verwalten – waren und sind heute umfangreiche Datenaufbereitungs-, Erfassungs- und Kontrollarbeiten zu erledigen, bei erst noch um ein Vielfaches zugenommenen Monatsmutationen. Dies verursacht nicht zuletzt auch zusätzliche Kosten. Ein Jahr später kamen die nunmehr ziemlich genau

3300 Versicherten aus gegen 670 Firmen und die Rentner dennoch zu einem Jubiläumsbatzen aus Anlass des 25jährigen Bestehens in Form eines zweiprozentigen Überschussanteils. Und nachdem die versicherte Lohnsumme (1986: 134,8 Mio. Fr.) schon deutlich darüber liegt, scheint nun auch das Kassenvermögen die 10-Millionengrenze zu erreichen.

Die Verbands-PK konnte also auch unter dem Regime des Obligatoriums ihre bisher positive Entwicklung fortsetzen und ihre solide Basis weiter festigen. Das Ziel der Pensionskasse der vier Berufsverbände SIA, STV, BSA und FSAI wird es auch in Zukunft sein, sowohl den BVG-pflichtigen Arbeitnehmern als auch den Selbstständigerwerbenden einen optimalen und flexiblen Vorsorgeschutz zu gewähren. Als neutrale, unabhängige Selbsthilfe-Einrichtung wird sie zudem weiterhin der Rechtsgleichheit verpflichtet sein, was keine Gegengeschäfte zulässt. Beim Aufbau oder bei der Anpassung der Personalvorsorge darf dies aber nicht der entscheidende Faktor sein, weshalb für die Verbandsmitglieder bei der Wahl der Vorsorgeeinrichtung ihre Pensionskasse im Vordergrund stehen sollte.

Adresse des Verfassers: B. Auderset, Pensionskasse SIA/STV/BSA/FSAI, Postfach 2613, 3001 Bern.

Persönlich

Jean Werner Huber tritt in den Ruhestand

Der seit bald 15 Jahren im Amte stehende eidgenössische Baudirektor Prof. Jean-Werner Huber, dipl. Arch. BSA/SIA, wird zu Beginn 1987 in den Ruhestand treten. Mit ihm wird eine schöpferische und schaffensfreudige Persönlichkeit unserer Baubranche ihr Amt niederlegen.

Jean-Werner Huber hat einen enormen Leistungsausweis vorzulegen: Von 1948 bis 1972 leitete er die Abteilung Hochbau der Bauabteilung der Generaldirektion SBB. Der Bundesrat ernannte ihn 1968 zum Präsidenten der Forschungskommission Wohnungsbau und beauftragte ihn später, mit einer Kommission ein Leitbild der schweizerischen

Bauforschung zu erarbeiten. 1972 trat er das Amt des Direktors des Amtes für Bundesbauten (AFB) an. Jean-Werner Huber ist Mitglied der Fachstelle für Hochschulbau-



ten der Schweizerischen Hochschulkonferenz, Mitglied des Gesprächsforums für Baufragen, Mitglied des Stiftungsrates der Immobilienstiftung für internationale Organisationen in Genf (FIPOI), Beisitzer der Eidg. Wohnbaukommission, Präsident der Konferenz der Bauorgane des Bundes (KBOB), Vize-Präsident der Zentralen Normenkommission (ZNK) des SIA, Professor für Bauplanung der ETH Lausanne und Mitglied des Schweizerischen Komitees der Internationalen Architekten-Union (UIA).

Mit Managertalent, Dynamik und Effizienz hat Prof. Huber das grösste zentrale Baufachorgan des Bundes während 15 Jahren geleitet. In dieser Zeitspanne wurden im Zusammenhang mit der Projektierung und Ausführung verschiedenartigster Neu-, Erweiterungs- und Umbauten sowie Unterhaltsarbeiten im zivilen und militärischen Bereich Hoch- und Tiefbauaufträge in der Grössenordnung von 7,5 Mia. Fr. erteilt.

AFB